



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2021
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Absenkung der Mittel für den Verfassungsschutz**

Einzelplan **03** **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	32.242,5	-13.900,0	18.342,5
Produktabgeltung	32.121,8	-13.900,0	18.221,8

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Nach seiner skandalösen Rolle beim Rechtsterror des NSU ("Nationalsozialistischer Untergrund") bleibt der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz weiterhin jeglichen Nachweis seiner notwendigen und ordentlichen Arbeit schuldig: Auf die massiven Bedrohungen und Gewalt durch die extreme Rechte wurde viel zu spät reagiert. Die Akten der mutmaßlichen Mörder des ehemaligen Regierungspräsidenten Walter Lübcke wurden gelöscht und dem NSU-Ausschuss vorenthalten, obwohl oder sogar weil diese jahrzehntelang als militante und straffällige Neonazis mit NSU-Bezügen bekannt waren. Dabei wurde der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz mit ständig neuen Mitteln und Ressourcen ausgestattet, das Budget wurde seit 2006 in etwa verdoppelt! Alleine 2016 und 2017 wurden 70 neue Stellen (+ 25 Prozent) und 31 Stellenhebungen (+ für 10 Prozent des Personals) bewilligt. Ohne Leistungsnachweis und Kontrollierbarkeit ist der Verfassungsschutz ein überflüssiger Fremdkörper innerhalb der Demokratie. Wir wollen den Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" Schritt für Schritt zurückbauen, indem zunächst eine Rückführung der Mittel auf das Niveau von 2006 stattfindet. Freiwerdende Mittel sollen in Präventionsprogramme gegen Gewalt und gegen Menschenfeindlichkeit fließen.

Wiesbaden, 20.01.21

Für die Fraktion

DIE LINKE

Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler